

Arbeitsbedingungen verbessern, Attraktivität erhöhen, Spielräume ausweiten. Der GRÜNE 7-Punkte-Plan für genügend qualifizierte Lehrkräfte an allen sächsischen Schulen

Die unzureichende Anzahl qualifizierter Lehrkräfte ist derzeit das größte Problem des sächsischen Schulsystems. Allein im kommenden Schuljahr werden knapp 2.000 neue Lehrkräfte benötigt, in den nächsten zehn Jahren werden jährlich mindestens 1.300 Lehrkräfte aus dem Schuldienst ausscheiden. Bei der Besetzung der Stellen hat das Kultusministerium erhebliche Schwierigkeiten. Nur der kleinere Teil der Stellen kann mit grundständig ausgebildeten Lehramtsabsolventen besetzt werden. An vielen Schulen kann die Unterrichtsversorgung nicht vollständig gewährleistet werden.

Diese prekäre Situation ist auf jahrelanges systematisches Versagen der CDU-geführten Landesregierungen zurückzuführen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben seit Jahren von der frühzeitigen Aufstockung und Reform der Lehramtsausbildung bis zur gleichen Vergütung von Lehrkräften vielfach konkrete Vorschläge unterbreitet, um diese akute Problemlage zu verhindern. Jahrelang hat die Staatsregierung entweder zu zögerlich und unzureichend oder mit den falschen Maßnahmen reagiert. Das Anfang März von CDU und SPD vorgelegte Handlungsprogramm nimmt nun zwar einige der GRÜNEN Forderungen auf, greift aber insgesamt zu kurz. Mit der Konzentration auf die Verbeamtung von Lehrkräften werden neue Ungerechtigkeiten geschaffen. Dabei ist offensichtlich, dass es nicht mit einer einzigen 'Königslösung', sondern nur mit einem Bündel an tiefgreifenden Maßnahmen gelingen kann, genügend qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen. Die sächsischen Schulen werden nur dann attraktiv für neue und bestehende Lehrkräfte sein, wenn das Schulsystem insgesamt offener, flexibler und gerechter wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterbreiten mit folgendem 7-Punkte-Plan ein Maßnahmenpaket, das umfassend und zielgenau für genügend qualifizierte Lehrkräfte an sächsischen Schulen sorgen kann. Wir fordern:

1. Lehrkräfte fair bezahlen

Eine zentrale Ursache für die mangelnde Attraktivität der sächsischen Schulen für Lehramtsabsolventen liegt in der unzureichenden und unterschiedlichen Vergütung der Lehrkräfte. Die Einstiegsgehälter an sächsischen Schulen liegen im Schnitt ca. 500.00 EUR (netto) unter der Vergütung in anderen Bundesländern. Verglichen mit Berlin als dem einzigen Bundesland neben Sachsen, das nicht verbeamtet, zahlt Sachsen über 1000,00 EUR (brutto)

weniger. Mit dieser Vergütungspraxis ist Sachsen nicht konkurrenzfähig.

Hinzu kommt, dass Lehrkräfte an sächsischen Schulen je nach Schulart unterschiedlich bezahlt werden. Insbesondere Grund- und Förderschulen sind dadurch deutlich unattraktiver als Gymnasien. Zwar will die Staatsregierung nun auch Lehrkräfte an Grundschulen in die Entgeltgruppe E 13 einstufen, es ist aber offen, ob die betroffenen Lehrkräfte in der gleichen Entgeltstufe höhergruppiert werden und tatsächlich mit verbeamteten Kolleginnen und Kollegen gleichgestellt werden. Lehrkräfte an beruflichen Schulen werden auch zukünftig geringer vergütet. Zudem schafft die Verbeamtung bis 42 neue Ungerechtigkeiten zwischen jung und alt.

Wir wollen eine faire und gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte unabhängig von der Schulart. Die Verbeamtung von Lehrkräften kann für einen begrenzten Zeitraum eine Lösung sein. Sie darf dabei nicht zu neuen Ungleichheiten in den Lehrerzimmern sorgen, sondern muss von einer fairen Vergütung aller Lehrkräfte begleitet werden. Der entscheidende Schlüssel ist nicht die Verbeamtung, sondern die angemessene Vergütung der Lehrkräfte.

Deshalb wollen wir:

- einen eigenen sächsischen Tarifvertrag für alle Lehrkräfte
- eine schulartunabhängig einheitliche Vergütung aller sächsischen Lehrkräfte in der Entgeltgruppe 13 TV-L bei stufengleicher Höhergruppierung von bisher niedriger eingruppierten Lehrkräften
- die Vergütung für neu eingestellte Lehrkräfte auf ein bundesweit konkurrenzfähiges Niveau anheben
- die Spielräume bundestariflicher Regelungen für eine faire Vergütung von Mehrarbeit ausschöpfen
- eine Vergütung der angestellten Lehrkräfte, die sich an der tatsächlichen Besoldungshöhe verbeamteter Lehrkräfte orientiert (Ausgleich der Nettolohnlücke)

2. Vollzeitpotentiale ausschöpfen, Arbeitszeitsouveränität stärken

Neben der finanziellen Entlohnung spielt der Faktor Arbeitszeit eine entscheidende Rolle bei der Gewinnung von Lehrkräften. Mit etwa ein Drittel Teilzeitbeschäftigten gibt es ein großes Stellenpotential, das bisher unzureichend genutzt wurde. Neben privaten Gründen spielt insbesondere die hohe Arbeitsbelastung und die geringe Arbeitszeitsouveränität der Lehrkräfte eine Rolle. Wir wollen die Spielräume für die Ausschöpfung des Arbeitszeitpotentials nutzen, in dem wir die Lehrkräfte an sächsischen Schulen entlasten und mehr Flexibilität im Umgang mit ihrer Arbeitszeit geben. Schulen sollen sich so organisieren, dass sie den Zeitbedürfnissen ihrer Lehrkräfte entgegenkommen können und nicht umgekehrt.

Wir wollen:

- das Recht auf präsenzfreie Tage für Vollzeitbeschäftigte im Rahmen des schulartspezifischen Stundendeputats verankern
- Lebensarbeitszeitkonten einführen, die z.B. zeitlich begrenzte Teilzeit oder ein Sabbatjahr bei Lohnausgleich ermöglichen

- Flexible Altersteilzeitmodelle, die auch eine Teilzeitbeschäftigung über die Ruhestandsgrenze hinaus ermöglichen

3. Lehrkräfte entlasten, zusätzliches Personal einstellen

Die Lehrkräfte an sächsischen Schulen sind einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt, weil sie weit mehr Aufgaben als nur Unterricht übernehmen. Sie sind im Ganztage tätig und übernehmen schulorganisatorische Aufgaben, kümmern sich um externe Kooperationen und müssen allzuoft sozialpädagogische und schulpädagogische Herausforderungen schultern.

Zugleich fehlt Personal für zusätzliche pädagogische Angebote, insbesondere an Schulen in sozial herausfordernden Lagen. Es fehlen die Voraussetzungen dafür, dass Schulen flexibel reagieren können, damit zusätzliches Personal eingestellt werden kann und qualifizierte Honorarkräfte stundenweise unterrichten können. Wir wollen dafür sorgen, dass zusätzliche pädagogische Professionen an die Schule kommen und sich Lehrkräfte auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können.

Deshalb wollen wir:

- ein sozialindexorientiertes Schulbudget für zusätzliches pädagogisches Personal (Unterrichtsbegleiter und Honorarkräfte), schulorganisatorische Unterstützung und Zusatzvergütungen an Lehrkräfte für besondere Leistungen
- allen Schulen die Möglichkeit einräumen, nichtbesetzte Lehrerstellen in zusätzliche Personalbudgets umzuwandeln, damit diese selbständig pädagogisches Personal einstellen können
- vorrangige Finanzierung von Honorarkräften oder Angestellten im Rahmen der Ganztagsförderung

4. Pädagogische Freiräume erhöhen

Aufgrund des im Bundesländervergleich relativ hohen Stundenumfangs benötigt Sachsen insbesondere am Gymnasium vergleichsweise viele Lehrkräfte. Im Zusammenspiel mit den Detailvorgaben des Lehrplans haben die Schulen vor Ort deshalb nur sehr geringe Spielräume, um auf den Ausfall von Lehrkräften zu reagieren. Zugleich wird das Potential von außerunterrichtlichen Angeboten kaum genutzt.

Wir wollen durch folgende Maßnahmen die pädagogischen Freiräume erhöhen:

- die Stundentafel auf bundesweit vergleichbare Standards und entsprechende Anpassung der Lehrpläne reduzieren, dabei soll eine Stundenkürzung in den Fächern Musik, Sport und Fremdsprachen vermieden werden
- ein kompetenzorientiertes Kerncurriculum anstelle der Detailvorgaben von Lehrplan und Stundentafel einführen
- eine stärkere pädagogische Koordination von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten, um den Erwerb von Wissen und Kompetenzen z.B. in Ganztagsangeboten zu gewährleisten

5. Lehramtsausbildung unterstützen, Qualifikationen anerkennen

Die derzeitige Lehramtsausbildung ist insbesondere für Grundschul- und Förderschul- und Oberschullehramt unattraktiv. Mit der Orientierung auf Schularten ist die Ausbildung nicht flexibel genug, damit Absolventen für unterschiedlichen Schularten vorbereitet werden. Zu viele Lehramtsstudierende beenden ihr Studium nicht. Seiteneinsteiger werden nur unzureichend pädagogisch ausgebildet. Darüber hinaus wird das Potential von Lehrkräften mit im Ausland erworbenen Abschlüssen in grenznahen Regionen und von Geflüchteten kaum genutzt. Wir wollen:

- eine an Schulstufen orientierten Lehramtsausbildung einführen
- zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen bei Beratung und Finanzierung von Lehramtsstudierenden
- Seiteneinsteiger mit einer verbindlichen pädagogischen Qualifikation unterstützen
- die erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Lehramtsabschlüssen und Entwicklung eines Angebots von lehramtsspezifischen Deutschkursen

6. Schulen im ländlichen Raum unterstützen

Insbesondere die Schulen im ländlichen Raum haben es schwer, ausreichend qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen. Dabei bieten die Regionen jenseits der Großstädte vielfach gut ausgestattete Schulen, attraktive Wohnbedingungen und ausreichend Kita-Plätze. Derzeit sind jedoch Schulträger und Schulen nicht in der Lage, potentiellen Bewerbern maßgeschneiderte Angebote zu unterbreiten. Wir wollen Schulen im ländlichen Raum mehr Möglichkeiten einräumen, um gezielt Lehrkräfte zu werben. Die zentrale Einstellung von Lehrkräften über das Landesamt für Schule und Bildung verringert die Attraktivität für Bewerber, weil für sie nicht berechenbar ist, an welcher Schule sie letztlich unterrichten werden. Auswahl und Einstellung des pädagogischen Personals soll vor Ort in Verantwortung der Schule erfolgen, ohne dass dadurch einzelne Regionen oder Schularten benachteiligt werden.

Wir wollen:

- Einführung eines Lehrkräftepools, der eine faire Verteilung von Bewerbern über Regionen und Schularten hinweg gewährleistet
- Schulscharfe Ausschreibung, Bewerbung und Einstellung von Lehrkräften im Rahmen des Lehrkräftepools als Regelfall
- Fahrtkostenzuschläge und garantierte Frei-Tage für Lehrkräfte, die an Schulen im ländlichen Raum pendeln

7. Spielräume vor Ort erhöhen – Bildungsverwaltung umbauen

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Schulen flexibel mit pädagogischen Spielräumen, Personal und Finanzen umgehen können. Im Gegenzug wollen wir das Landesamt für Bildung und Schule (LaSuB) zu ei-

nem Dienstleister mit Beratungs-, Unterstützungs- und Evaluierungsfunktion umbauen. Diese Aufgaben können in der Regel von Personen ohne Lehramtsabschluss erbracht werden. Die hohe Zahl abgeordneter Lehrkräfte im Landesamt soll Schritt für Schritt wieder den Schulen zugute kommen.

Wir wollen:

- die organisatorische Selbständigkeit von Schulen stärken und Schulleitungen durch Verlagerung von Stellen des LaSuB an die Schulen entlasten
- Schulleitungen durch Qualifizierung mit Zeitausgleich und höhere Vergütung (E14 an allen Schularten) bei gleichzeitiger Einführung regelmäßiger Zielvereinbarungen und Evaluationen unterstützen
- schrittweise abgeordnete Lehrkräften aus dem LaSuB in den Schuldienst (ggf. in Teilzeit) rückversetzen
- ein Personal- und Rekrutierungskonzept für das LaSuB in den Bereichen Beratung, Unterstützung und Evaluation